

Neuregelung der Altersversorgung von Landtagsabgeordneten Baden-Württemberg - Drama in 3 Akten -



1.Akt

Mit der Parlamentsreform von 2008 war der Umstieg von der Staatspension auf Eigenvorsorge festgelegt worden.

CDU

Stefan Mappus: Wenn Politiker von den Menschen mehr Eigenvorsorge verlangen, ist meine tiefe Überzeugung, dass diese Forderung dann auch für sie selbst gelten muss.

Stefan Scheffold: Der Systemwechsel der Altersversorgung war der wichtigste Punkt unserer Parlamentsreform.

SPD

Reinhold Gall: Besonders wichtig ist, dass die staatliche Altersversorgung wegfällt.

Grüne

Winfried Kretschmann: Mit dem Systemwechsel komme man näher an die Lebenswirklichkeit aller Menschen die keine Beamten sind.

Theresia Bauer: Mit dem Wechsel zur privaten Vorsorge werden wir ehrlicher, weil wir damit die realen Kosten unserer Altersversorgung offenlegen. Das bisherige Niveau sei der Öffentlichkeit schlicht und einfach nicht zu vermitteln gewesen.

2.Akt

In einer Blitzaktion mit Gesetzentwürfen zur Fristenverkürzung von Beratungsverfahren wurde vom 07.02. – 10.02.2017 eine Gesetzesänderung mit Rückkehr zur Staatspension durchgepeitscht.

CDU

Nicole Razavi: Das Optionsmodell Staatspension soll dazu beitragen, dass bei Abgeordneten keine Lücke in der Altersversorgung entsteht.

Grüne

Hans-Ulrich Sckerl: Die Parlamentsreform von 2008 habe die Stellung des Landtags überwiegend verbessert, in der Altersversorgung aber habe sie „überwiegend Murks produziert“: Mit den privaten Vorsorgeverträgen (1.679,- €/monatl.) würden „Versicherungen gefüttert, aber keine auskömmlichen Altersversorgungen hergestellt. Daher wolle man den Abgeordneten ermöglichen wieder zu einer begrenzten Staats-

pension zurückzukehren.

Ein ungeahnter Aufschrei in der gesamten Bevölkerung führte am 14.02.2017 zu einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Das Gesetz wird gestoppt und muss durch ein Löschungsgesetz rückgängig gemacht werden.

3.Akt

Eine „unabhängige“ Kommission „Altersversorgung der Abgeordneten“ wurde am 25.07.2017 vom Landtag eingesetzt und soll bis Ende März 2018 Vorschläge für die Gestaltung der Altersversorgung der Abgeordneten vorlegen. Sie besteht aus 10 Mitgliedern (min. 5 Beamte), sowie einem Bürgerforum aus 25 Personen.

Am 11.04.2018 wurde der Abschlussbericht der Kommission überreicht, mit dem Ergebnis von vier Vorschlägen. Das gesamte Bürgerforum sowie drei von 10 Kommissionsmitglieder halten als angemessen und aus heutiger Sicht visionäre Zukunftslösung eine Altersversorgung der Abgeordneten im Rahmen einer allgemeinen gesetzlichen Altersvorsorgeversicherung als solidarische Bürgerrentenversicherung für die beste Lösung.

Bei diesem Bausteinmodell zahlen Abgeordnete einen Teil ihres Vorsorgebeitrages (1.805 Euro) in Höhe des aktuellen Höchstbeitrages in die deutsche Rentenversicherung (DRV) ein.

Der übersteigende Betrag wird in die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) einbezahlt, entsprechend einer Betriebsrente.

Die wichtigsten Fragen – welches Modell und welche Höhe der Beiträge und der zu erwartenden Rente angemessen sind – hat die Kommission nicht beantwortet. Diese Entscheidung hat die Kommission dem Parlament überlassen. Vor diesem Hintergrund hätte man sich die Kosten für das Gremium von 197.200 Euro sparen können (Aussage Dr. Rülke – FDP).

SPD

Andreas Stoch: Die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg sollten dieses mal ohne Eile eine Entscheidung zur Reform der Altersvorsorge treffen.

CDU

Ambrosio Aniello:
20.06.2018 Die Kommission zur Altersversorgung der Abgeordneten hat dem Landtag von Baden-Württemberg „mehrheitlich“ den Beitritt zu dem Versorgungswerk für Abgeordnete der Landtage von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vorgestellt.

Eine vom „Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.“ (BRR) zusammen mit der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ (SRzG) angemeldete und abgelehnte Informationsveranstaltung vor dem Landtag am 09.10.2019 fand dann auf dem kleinen Schlossplatz in Stuttgart statt. Beide Vereine setzen sich seit ihrer Gründung für eine Bürgerrentenversicherung ein, in die Alle Bürger, auch Politiker und Beamte einzahlen. Seit Oktober 2019 haben diese Gruppierungen ihre Aktivitäten gebündelt.

Mit Berufung auf eine (falsche) dpa-Meldung vom 20.07.2018 (die Kommission und das Bürgerforum hätten sich mehrheitlich für den Beitritt zum Versorgungswerk ausgesprochen) entscheiden die Fraktionen von Grüne/CDU/SPD nach 1. Lesung am 09.10.2019 und 2.Lesung am 06.11.2019 für den Beitritt in das Versorgungswerk der Landtage von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg.

Grüne

Hans-Ulrich Sckerl: Die Ergebnisse und Vorschläge der Expertenkommission und des Bürgerforums sind der aktuelle Gesetzentwurf. Von den Modellen und Vorschlägen sind nur das Modell Versorgungswerk rechtlich umsetzbar. Gleichzeitig ist für uns klar: Wir haben das Ziel einer gemeinsamen Bürgerversicherung für Alle, die auch für Abgeordnete gilt.

SPD

Reinhold Gall:
22.10. 2019 Er sei es jüngeren Abgeordneten seiner Fraktion schuldig, für den Vertrag mit dem Versorgungswerk zu stimmen. Das Abgeordnetenwerk sei ein „Umweg“ zu einer solidarischen Rentenversicherung welche er (wie das Bürgerforum und das SPD Wahlprogramm) aber als langfristiges Ziel für richtig hält.

Gegen die falsche und verkürzte Darstellung der Vorschläge des Bürgerforums durch die Fraktionen von Grüne/CDU/SPD beschwerte sich das Bürgerforum in einem erfolglosen Schreiben an Hans-Ulrich Sckerl.

Bürgerforum

Dorothee Walz-Dietsche: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Bürgerforum als ersten Punkt deutlich gemacht hat, dass „die Altersversorgung der Abgeordneten sich zuerst von der Systematik den für die meisten Bürgerinnen und Bürger geltenden Rahmenbedingungen annähern soll“ und wir deshalb einstimmig „als angemessenste Lösung die Altersversorgung der Abgeordneten im Rahmen einer allgemeinen gesetzlichen Altersvorsorgeversicherung als solidarische Bürger-Rentenversicherung vorgeschlagen haben. Die Mehrheit des Bürgerforums „wünscht, dass sich das Land Baden-Württemberg über die Landesgrenze hinweg für diese Vision einsetzt“ und die Realisierung damit ermöglicht.

Bedenklich ist das Verhalten von Grünen und SPD. In deren Wahlprogrammen steht:

Grüne: Wir wollen den ersten Schritt zur Bürger*innen Versicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. (Wahlprogramm 2017 S. 199 „Zukunft wird aus Mut gemacht“)

SPD: Der SPD ist der Zusammenhalt der Gesellschaft durch ein solidarisches System der Alterssicherung ein Herzensanliegen. (Regierungsprogramm 2017 – 2021 S. 46 Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken.)

Wenn Parteien Kommissionen und Bürgerforen einsetzen und deren Entscheidungen dann völlig ignorieren, bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Parteien bei jeder Wahl, wo immer sie auch stattfindet, ebenso zu ignorieren !!

18.11.2019 HE